Der Landrat verwies auf die vorliegenden Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.09.2006, der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.10.2006 sowie der GRÜNE-Kreistagsfraktion vom 12.10.2006 und ferner auf die Vorlage der Verwaltung und den beigefügten Entwurf der Handlungsleitlinien für Aufsichtsratsmitglieder in Beteiligungsgesellschaften des Rhein-Sieg-Kreises.

Abg. P.R. Müller führte aus, dass er in seinem Antrag vom 19.09.2006 gebeten habe, den Punkt „RSAG – Konsequenzen aus den Berichten der Innenrevision“ für die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung, die am 20.10.2006 stattfindet, aufzunehmen. In Anbetracht der ausstehenden Fraktionssitzung, die für den morgigen Tag geplant sei, des noch bestehenden Beratungsbedarfs sowie der Anträge der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktion, die erst heute als Tischvorlage zugeleitet worden seien, beantrage er, diesen Punkt zu vertagen.

Der Landrat machte darauf aufmerksam, dass schriftliche Anträge in der Regel zunächst dem Kreisausschuss vorgelegt werden.

Abg. Hurnik stellte fest, dass die auf Seite 2 des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion genannten Punkte 1 und 2 inhaltlich den Punkten 1 und 2 des Antrages der GRÜNE-Kreistagsfraktion entsprechen. Die CDU-Kreistagsfraktion erklärte sich damit einverstanden, wenn diese Punkte gemeinsam zur Abstimmung gestellt würden. Auf Grund der Vorgehensweise des früheren Geschäftsführers der RSAG und der gegen ihn durchgeführten rechtlichen Schritte habe die Notwendigkeit bestanden, die Funktion des Aufsichtsrates in der Vergangenheit zu überprüfen. Hierzu seien im Kreisausschuss und Kreistag einvernehmliche Entscheidungen getroffen worden. Der Bericht liege nunmehr vor. Er zeige, dass in der Vergangenheit offensichtlich einzelnen Vertretern nicht bewusst gewesen sei, welche Aufgaben die Funktion „Mitglied des Aufsichtsrates“ mit sich gebracht habe. Es habe sich jedoch um Einzelfälle gehandelt. Dennoch seien sie Anlass zu prüfen, wie man dies in Zukunft vermeiden könne. Hierzu habe die CDU-Kreistagsfraktion unter Ziffer 1 und 2 ihres Antrages Wege aufgezeigt. Es sei wenig sinnvoll, sich auf die Vergangenheit zu konzentrieren und das Verhalten von Personen zu bewerten, die nicht mehr im Kreistag und in den entsprechenden Gremien vertreten seien. Vielmehr sei es angezeigt, sich auf die Gegenwart und Zukunft und auf die Personen zu konzentrieren, die den Rhein-Sieg-Kreis nicht nur in den Gremien der RSAG, sondern auch in allen Beteiligungsgesellschaften des Rhein-Sieg-Kreises vertreten. Er danke der Verwaltung für den vorgelegten Entwurf der Handlungsleitlinien. Die CDU-Kreistagsfraktion bitte darum, in die Handlungsleitlinien auch die Aspekte mit aufzunehmen, die die Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu berücksichtigen haben. Ferner sollten die Handlungsleitlinien auf alle Beteiligungsgesellschaften ausgeweitet werden. Ferner würde es die CDU-Kreistagsfraktion begrüßen, wenn die Verwaltung die Leitlinien mit praktischen Beispielen anschaulich darstellen könnte. Diejenigen, die bereits längere Zeit den Rhein-Sieg-Kreis in Gremien vertreten, wüssten um die Schwierigkeit, zwischen der Funktion „Mitglied des Kreistages und seiner Ausschüsse“ und der Funktion „Mitglied des Aufsichtsrates“ zu differenzieren. Daher sei es sinnvoll, die derzeitigen und künftigen Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in Gremien durch Information und Schulung zu unterstützen. Die CDU-Kreistagsfraktion begrüße insbesondere auch die von der RSAG getroffenen Maßnahmen, die dazu dienen, die Fehler der Vergangenheit in Zukunft zu vermeiden.

Abg. H. Becker hielt zunächst fest, dass es nachträglich zu begrüßen sei, dass die Abfallbeseitigung des Rhein-Sieg-Kreises nicht im wirklichen Sinne privatisiert worden sei, da in diesem Fall wohl kaum die Möglichkeit bestanden hätte, die Vergangenheit aufzuarbeiten - auch bezogen auf die Auswirkungen auf die Gebührenzahler -, wie dies jetzt der Fall gewesen sei. Wichtig sei der GRÜNE-Kreistagsfraktion, ungeachtet dessen, was zu dieser Thematik innerhalb der Fraktion sowie im Kreistag zu äußern sei, den Schwerpunkt auf die Zukunft zu richten. Hierbei sei es nicht nur wichtig, Schritte nach vorne zu entwickeln, sondern man sei auch dazu aufgerufen, wesentliche Feststellungen zu verdeutlichen. Er sei auch sehr daran interessiert, welche Feststellungen von anderen Kreistagsfraktionen vorgeschlagen würden. Der Vorschlag der GRÜNE-Kreistagsfraktion zur Feststellung des Kreisausschusses sei in dem Antrag seiner Fraktion vom 12.10.2006 aufgeführt. Diese vorgeschlagene Feststellung sei fast textgleich in der Begründung des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion enthalten. Die GRÜNE-Kreistagsfraktion erachte es für notwendig, dass diese Feststellung durch den Kreisausschuss in Form eines Beschlusses gefasst werde. Durch diese Feststellung werde deutlich, dass in verschiedenen Fällen die Grenze zwischen Aufsicht und Eingriff in das operative Geschäft überschritten worden sei. Diese Grenzüberschreitungen würden durch den Bericht über die Prüfung des Aufsichtsrates und der

Gesellschafterversammlung der RSAG als auch durch die Dokumentation der Innenrevision als Sachdarstellung zu verschiedenen Themenkomplexen belegt. Bezogen auf die zukünftige Vorgehensweise unterstütze er die Ausführungen des Abg. Hurnik. Um das umfangreiche Spektrum der Vertretungen des Rhein-Sieg-Kreises in den unterschiedlichen Gremien abzudecken, die Informationsrechte und -pflichten aller Personen in den Kontrollorganen einzuflechten sowie die Information des Kreistages zugunsten steuernder Eingriffe sicherzustellen, wurde eine entsprechende Formulierung in den Punkten 1 – 3 des Antrages seiner Fraktion gewählt. Er sei sich bewusst, dass es nicht einfach sei, diesen Spannungsbogen vernünftig zu bewältigen. Gleichzeitig werde aber auch deutlich, dass die derzeitigen Überlegungen, kommunale Unternehmen auf dem Markt zurückzudrängen, nicht zu unterstützen seien. Sofern die Verwaltung die bereits entworfenen Handlungsleitlinien nochmals im Hinblick auf die in den Anträgen der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktion genannten zusätzlichen Aspekten überprüfe und ergänze, sei man für die Zukunft besser vorbereitet und gerüstet, wenngleich auch dann Fehler und Irrtümer nicht vollständig vermieden werden könnten. Eine ausschließliche Debatte dieser Thematik im Kreistag, so, wie von der SPD-Kreistagsfraktion vorgeschlagen, sei der falsche Weg. Die GRÜNE-Kreistagsfraktion strebe an, im Kreistag einen möglichst einvernehmlichen Beschluss herbeizuführen. Bei der CDU-Kreistagsfraktion könne er diese Absicht auch erkennen.

Abg. Finke stellte zunächst fest, dass er die Anträge der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktion vom 12.10.2006 erst am heutigen Tage bzw. vor ca. 1 Stunde zur Kenntnis nehmen können. Diese Zeitspanne sei zu kurz, um sich für die heutige Beratung sinnvoll vorbereiten zu können, auch im Hinblick auf die Bedeutung, die dieser Tagesordnungspunkt habe und auf die umfangreichen Berichte, die den heutigen Beratungen zugrunde liegen. Hierauf hätten bereits auch seine Vorredner hingewiesen. Diese Vorgehensweise sei nicht hinzunehmen, zumal ja auch eine bestimmte Person angegriffen werde. Er habe bisher den Vorschlag der Verwaltung zur Kenntnis nehmen können, der mit dem Nachtrag zur Einladung versandt worden sei. Diesem Vorschlag könne die FDP-Kreistagsfraktion zustimmen, wenngleich zu den Erläuterungen in der Vorlage der Verwaltung (bezogen auf den 7. Spiegelstrich: Sperrmüllvertrag) anzumerken sei, dass diese so genannten „Einmischungen“ in das operative Geschäft die Vermeidung einer Klage/eines Risikos zum Zweck hatten. Diesen Aspekt, der bei dem Sperrmüllvertrag zu berücksichtigen sei, habe man hier mit den anderen Verträgen zusammengefasst. Das hätte man ausführlicher darstellen müssen. Auch die in den Erläuterungen aufgeführte Einflussnahme sei letztlich nur in einem Fall dokumentiert. Dies hätte man anmerken müssen. Man befasse sich heute mit der Wertung von Vorgehensweisen verschiedener ehemaliger Mitglieder des Kreistages, die 10 Jahre und mehr zurückliegen. Bei der Tätigkeit als Mitglied des Kreistages und Mitglied verschiedener Gremien handele es sich um eine ehrenamtliche Tätigkeit, die zusätzlich zu dem eigentlichen Beruf ausgeübt werde und die je nach unterschiedlicher Funktion in den einzelnen Gremien eine bestimmte Lebenserfahrung erfordere. Diese Erfahrung könne man sich nicht kurzfristig aneignen. Diese Umstände müssten bei der Gesamtbetrachtung mit einfließen und berücksichtigt werden. Ungeachtet dessen schliesse er sich den Vorrednern an, die betont haben, dass man das Augenmerk auf die Zukunft richten und aufhören müsse, „alte Schlachten zu schlagen“. Fairerweise müsse er gegenüber der SPD-Kreistagsfraktion einräumen, dass deren Vorgehensweise nachzuvollziehen sei. Im Gegensatz zu der Auffassung des Abg. H. Becker bedaure er außerordentlich, dass die zum damaligen Zeitpunkt beabsichtigte Privatisierung der RSAG nicht zustande gekommen sei, auch wenn seine Fraktion die in der Vergangenheit hierzu durch den Kreistag getroffene Entscheidung mitgetragen habe. Wie festgestellt, seien in der Vergangenheit Fehler gemacht und eingeräumt worden. Diese Fehler müsse man aber auch in Relation setzen zu dem zeitlichen Aufwand, der hierfür von den einzelnen Vertretern insgesamt aufgebracht worden sei. Dies werde er im Kreistag auch sehr deutlich zum Ausdruck bringen. Es sei zu hoffen, dass die Fehler der Vergangenheit in Zukunft durch entsprechende Informationen und Schulungen vermieden werden können.

Der Landrat wies ergänzend zu den Erläuterungen der Verwaltung in der Vorlage (7. Spiegelstrich) darauf hin, dass bei vollständiger Betrachtung dieser Formulierung eben nicht die angenommene Kausalität zu erkennen sei.

Abg. Köhler fuhr fort, dass letztlich kein Vertreter garantieren könne, jederzeit korrekt vorzugehen. Der Aufsichtsrat der RSAG sei nach wie vor aufgefordert, seine Kontrollfunktionen gegenüber der Geschäftsführung wahrzunehmen. Aufgabe sei jetzt, medizinisch betrachtet, die richtige „Diagnose“ zu stellen, die Voraussetzung für die richtige Therapie sei. Die richtige Therapie sei in Form der Anträge der

CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktion vorgestellt worden. Er hoffe, dass dadurch der Aufsichtsrat in die Lage versetzt werde, seine Aufgaben korrekt auszuführen.

Der Landrat bestätigte, dass diese Garantie nicht sichergestellt sei. Zusammenarbeit erfordere jedoch Vertrauen; dies müsse auch Maßstab der Arbeit in den einzelnen Gremien sein.

Abg. Hartmann führte aus, dass er davon ausgehe, dass sich derjenige, der durch den Kreistag in ein Gremium entsandt werde, seiner Rechte und Pflichten bewusst sei. Das Ergebnis der durchgeführten Prüfung sei durch den Kreistag bzw. Kreisausschuss politisch zu bewerten. Die SPD-Kreistagsfraktion habe den bisherigen Verfahrensablauf überraschend zur Kenntnis genommen. Der Bericht über die Prüfung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der RSAG sei in 2 Sitzungen des Ältestenrates Diskussionsgegenstand gewesen. An diesen Diskussionen hätten sich fast alle Kreistagsfraktionen rege beteiligt. Eine Kreistagsfraktion sei jedoch sehr zurückhaltend gewesen. Dies habe ihn sehr überrascht. Zweifelsfrei seien Hilfestellungen und Schulungen der Verwaltung für Vertreter des Kreises in den unterschiedlichen Gremien zu begrüßen und zu unterstützen. Hingegen sei die Reaktion im Finanzausschuss auf den Antrag seiner Fraktion nicht recht nachzuvollziehen. Dort sei der SPD-Kreistagsfraktion entgegen gehalten worden, dass der Finanzausschuss möglicherweise nicht das richtige Gremium zur Erörterung des Antrages gewesen sei; so aus Sicht des Abg. J. Becker. Hierzu habe er ausgeführt, dass der Kreistag den Auftrag für den Innenrevisionsbericht erteilt habe und daher auch der Kreistag über diesen Bericht zu beraten habe. Man habe es für völlig abwegig gehalten, dass die SPD-Kreistagsfraktion in Anbetracht der Bedeutung des Prüfberichts diesen Antrag in der Sitzung des Finanzausschusses gestellt habe. Für die heutige Sitzung des Kreisausschusses sei festzustellen, dass die CDU-Kreistagsfraktion ihren Antrag auch ausgesprochen kurzfristig vorgelegt habe. Ebenso habe die GRÜNE-Kreistagsfraktion zur heutigen Sitzung kurzfristig einen Antrag eingereicht, der in verschiedenen Punkten ausführlicher formuliert worden sei. Wie sei dies zu beurteilen? Jetzt solle man sich auf die Zukunft ausrichten; jetzt sei festzustellen, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates in der Vergangenheit ihren Pflichten nicht nachgekommen seien! Wenn man nach vorne schauen wolle, müsse man zunächst die Fakten klarstellen und diese auch bewerten. Es sei nicht richtig, die Feststellungen des Prüfungsamtes pauschal als Versagen des Aufsichtsrates zu klassifizieren bzw. dies auf Einzelfälle zu reduzieren. Der Aufsichtsrat habe insgesamt seine Kontrollfunktion nicht wahrgenommen. Wer in einen Aufsichtsrat entsandt werde, müsse seine Pflichten erfüllen. In Fraktionsarbeitskreisen sei über Details berichtet worden; er frage sich, warum dann die notwendige Kontrolle nicht ausgeübt worden sei. Dies sei doch der wichtige politische Aspekt, der erfordere, dass man die bisherigen Strukturen analysiere und sich frage, wie es zu diesem Vorgehen habe kommen können. Die Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses am 19.09.2006 belege eindeutig die Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion, wonach die Thematik „Innenrevision der RSAG“ im Kreistag zu diskutieren und zu beraten sei. Diese Verfahrensweise entspreche im Übrigen auch der anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes. Dieser Weg sei bisher auch von allen Kreistagsfraktionen beschritten worden. Daher könne die SPD-Kreistagsfraktion die heutige Haltung der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktion nicht mittragen.

Abg. Hurnik machte Abg. Hartmann darauf aufmerksam, dass der Kreisausschuss, wie ihm sicherlich bekannt sei, die Entscheidungen des Kreistages vorbereite. Sofern die SPD-Kreistagsfraktion einen Antrag einreiche, müsse er davon ausgehen, dass dieser zunächst dem Kreisausschuss vorgelegt werde. Wenn sich Abg. Hartmann auf die Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses beziehe, dann wolle er dies auch tun und auf seine Hinweise, dass noch viele Fragen der Aufklärung bedürften, aufmerksam machen. Diese Fragen seien im Finanzausschuss nicht gestellt worden; um eine Beurteilung im Kreistag zu ermöglichen, biete die heutige Sitzung des Kreisausschusses die Möglichkeit, dies nachzuholen. Er habe bis jetzt keine Fragen des Abg. Hartmann zur Kenntnis nehmen können. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Sitzung des Kreistages lasse inhaltlich auch nicht erkennen, dass noch Fragen zu beantworten seien, da die Bezeichnung des Antrages „RSAG – Konsequenzen aus den Berichten der Innenrevision“ eindeutig auf die Zukunft gerichtet sei. Die CDU-Kreistagsfraktion sei nicht bereit, die evt. Absicht der SPD-Kreistagsfraktion, ihren noch bestehenden Klärungsbedarf morgen gegenüber der Presse bekannt zu geben, zu unterstützen. Daher wolle man heute zur Kenntnis nehmen, dass es in Einzelfällen bei einzelnen Vertretern des Kreises zu Verfehlungen gekommen sei. Hieraus könnten bereits heute Konsequenzen gezogen werden. Die SPD-Kreistagsfraktion wolle lieber polemisieren statt konstruktiv nach neuen Wegen und Lösungen suchen und diese mittragen. Der vorliegende Bericht sei ein Abschlussbericht, kein Zwischenbericht. Der angekündigte Klärungsbedarf sei

den übrigen Kreistagsfraktionen nicht bekannt. Man lasse sich überraschen, ob die SPD-Kreistagsfraktion zur Sitzung des Kreistages noch einen Antrag als Tischvorlage einreiche. Die SPD-Kreistagsfraktion müsse zur Kenntnis nehmen, dass viele Kollegen aus dem Kreistag ein großes Interesse daran hätten, die Mitglieder der Aufsichtsräte und anderer Gremien für die Zukunft mit umfangreicheren Informationen auszustatten. Rückwärtsgewandte polemische Debatten seien nicht erfolgversprechend. Man wolle vertrauensvoll eine wichtige Gesellschaft des Rhein-Sieg-Kreises nach vorne bringen. Man vertraue der neuen Geschäftsführung und dem gewählten Aufsichtsrat und sei sicher, dass dieser in der Lage sei, erfolgreich zu arbeiten. Die CDU-Kreistagsfraktion wehre sich dagegen, dass man nach dem Motto „Man muss mit genügend Dreck werfen, dann bleibt schon etwas hängen!“ vorgehe.

Abg. H. Becker führte weiter aus, dass die Bewertung der vorliegenden Berichte durch die 4 Kreistagsfraktionen differenziert sei. Es seien sicherlich z.T. übereinstimmende Wertungen festzustellen, aber keine Übereinstimmung in Gänze. Aber bei der Frage, was für die Zukunft zu unternehmen bzw. zu entscheiden sei, müsse nach seiner Auffassung eine größere Übereinstimmung der Kreistagsfraktionen möglich sein. Die Ausführungen des Abg. Hartmann über den Verlauf der Finanzausschusssitzung bezüglich des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion seien zu korrigieren: Der Finanzausschuss habe vor Eintritt in die Tagesordnung der Erweiterung um den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion „RSAG – Bericht der Innenrevision“ zugestimmt. Unter diesem TOP habe die SPD-Kreistagsfraktion dann aber substantiell, abgesehen von allgemeinen Äußerungen, wenig vorgetragen. Alle übrigen Kreistagsfraktionen hätten dann eine Wertung des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion vorgenommen. Auf Wiederholungen wolle er verzichten. Alle Beiträge seien der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses zu entnehmen. Am gleichen Tag habe die SPD-Kreistagsfraktion einen Antrag zu der RSAG-Thematik für die Sitzung des Kreistages eingereicht, wobei ihn interessiere, ob dieser Antrag bereits vor Beginn der Sitzung des Finanzausschusses eingereicht worden sei. Der von der SPD-Kreistagsfraktion zur Sitzung des Kreistages eingereichte Antrag vermittle den Eindruck, dass es sich um einen substantiellen Antrag handele; dies sei jedoch nicht der Fall. Während sich die CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktion die Mühe gemacht hätten, ihre Anträge inhaltlich auszugestalten, beschwere sich die SPD-Kreistagsfraktion über Tischvorlagen. Eine inhaltliche Ausgestaltung des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.09.2006 liege aber bis heute nicht vor. Der Hinweis, dass zunächst die morgige Fraktionssitzung abgewartet werden müsse, sei nicht neu. Sofern die SPD-Kreistagsfraktion morgen bereits vor ihrer Fraktionssitzung gegenüber der Presse inhaltlich Stellung beziehe, fühle er sich als Mitglied des Kreisausschusses nicht mehr ernst genommen. Möglicherweise stehe die GRÜNE-Kreistagsfraktion bei einem Teil ihrer Wertung der Wertung der SPD-Kreistagsfraktion näher als der Wertung der übrigen Kreistagsfraktionen. Daher sei es wünschenswert gewesen, wenn die SPD-Kreistagsfraktion ihre Wertung heute bekannt gegeben hätte. Dann hätte man u.U. Übereinstimmungen feststellen können. Erst die Bekanntgabe der Wertung im Kreistag erleichtere das Verfahren nicht. Im Ergebnis sei entscheidend, wie man in Zukunft die Funktion des Aufsichtsrates und weiterer Gremien optimieren könne.

Abg. J. Becker erinnerte nochmals an die Beratungen des Finanzausschusses und verwies auf das vorliegende Protokoll über die vorgenannte Sitzung, insbesondere auf den Beitrag des Abg. Hartmann (Seite 8 der Niederschrift über die vorgenannte Sitzung). Die Angelegenheit werde heute, wie durch Abg. Hartmann in der Sitzung des Finanzausschusses gefordert, behandelt. Die SPD-Kreistagsfraktion liefere jedoch keine inhaltlichen Beiträge zur Sache. Diese Vorgehensweise sei nicht fair.

Abg. Finke bat, die Anträge der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktion getrennt zur Abstimmung zu stellen. Er machte nochmals darauf aufmerksam, dass ihm der Inhalt beider Anträge erst vor 1 Stunde vorgelegt worden sei.

Abg. H. Becker schlug vor, die beantragte Feststellung des Kreisausschusses, dann weiter separat die Punkte 1 – 3 auf der Grundlage des Antrages der GRÜNE-Kreistagsfraktion zur Abstimmung zu stellen, da die beantragte Feststellung in der Begründung des CDU-Antrages enthalten sei und die Punkte 1 – 3 des Antrages der GRÜNE-Kreistagsfraktion z.T. ausführlicher formuliert worden seien.

Abg. Heuel stimmte dem Vorschlag des Abg. H. Becker für die CDU-Kreistagsfraktion zu.

Abg. P.R. Müller wies nochmals ausdrücklich darauf hin, dass im Kreisausschuss bisher darauf Rücksicht genommen worden sei, wenn eine Fraktion noch Beratungsbedarf angemeldet habe. In diesem Fall sei

die Angelegenheit vertagt oder unmittelbar dem Kreistag zur Beratung vorgelegt worden. Die heutigen Beiträge zum vorliegenden Antrag der SPD-Kreistagsfraktion entbehrten jedweder vernünftigen Grundlage. Diese Diskussion sei an den Haaren herbei gezogen. Die SPD-Kreistagsfraktion werde hieraus ihre Konsequenzen ziehen. Sofern die SPD-Kreistagsfraktion heute Änderungsvorschläge unterbreitet oder Bewertungen vorgenommen hätte, wäre auch dies auf Ablehnung gestoßen mit der Begründung, dass dies heute nicht alles hätte bewältigt werden können. Er beantrage nochmals, diesen TOP bis zur Sitzung des Kreistages zu vertagen.

Abg. Finke meldete für seine Fraktion noch Beratungsbedarf und bat, diesen Punkt unmittelbar im Kreistag zu beraten und zu entscheiden. Sofern heute die Abstimmung über die vorliegenden Anträge erfolge, werde er sich der Stimme enthalten.

Abg. Heuel betonte, dass allen Kreistagsfraktionen seit ca. 4 Wochen bewusst sei, dass die Thematik „RSAG“ zur Beratung anstehe. Sofern die SPD-Kreistagsfraktion bis heute nicht die Möglichkeit genutzt habe, sich hierzu inhaltlich zu äußern, dann könne kein Verständnis für weitere Verzögerungen aufgebracht werden. Der Kreisausschuss empfehle lediglich dem Kreistag, bestimmte Entscheidungen zu treffen. Falls im Kreistag überzeugende Argumente vorgebracht würden, könnten diese gerne mit eingebunden werden. Heute sei über die vorliegenden Anträge zu entscheiden.

Der Landrat stellte sodann den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, die Angelegenheit bis zur Sitzung des Kreistages zu vertagen, zur Abstimmung.

B.-Nr.
205/06

Der Kreisausschuss lehnt den Antrag auf Vertagung ab.

Abst.-
Erg.:

MB ./. SPD, FDP

Der Kreisausschuss fasste sodann nachstehende Beschlüsse:

B.-Nr.
206/06

Der Kreisausschuss des Rhein-Sieg-Kreises stellt fest:
Mitglieder des Aufsichtsrates der RSAG haben insbesondere bis 1999 mehrfach die Grenze zwischen Aufsicht und Eingriff überschritten. Es wurde in das operative Geschäft eingegriffen, für das grundsätzlich die Geschäftsführung zuständig ist. Dies trifft vor allem auf den ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden zu. Gravierend und besorgniserregend ist der zum Teil leichtfertige Umgang mit den Unterlagen des Aufsichtsrates und der damit verbundene Bruch der Verschwiegenheitspflicht. Die persönliche Nähe einzelner Mitglieder zu den von RSAG beauftragten Unternehmen bzw. Unternehmen stand im Widerspruch zu dem Wohl der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler des Rhein-Sieg-Kreises und der RSAG.

Abst.-
Erg.:

einstimmig, Enth. SPD, FDP

B.-Nr.
207/06

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachstehenden Beschluss zu fassen:

Der Kreisausschuss beauftragt den Landrat mit der Erstellung einer Vorlage, in der den Mitgliedern des Aufsichtsrates und den Vertretern der Gesellschafterversammlung der RSAG und allen Vertretern des Kreises in Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist, Handlungsempfehlungen gegeben werden. Zusätzlich soll geprüft werden, inwieweit die Teilnahme an Seminaren und Schulungen an die Hand gegeben werden sollte, damit sich die im Auftrage des Kreises in Aufsichts- und Verwaltungsräten, in Gesellschaftsversammlungen sowie Zweckverbandsversammlungen entsandte Mitglieder hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten orientieren können.

Abst.-
Erg.: einstimmig, Enth. SPD, FDP

B.-Nr.
208/06 **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachstehenden Beschluss zu fassen:**

Darüber hinaus ist zu prüfen, wie die Informationsrechte und –pflichten aller Personen in den Kontrollorganen aller Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist, sachlich und rechtlich ausreichend wahrgenommen werden können.

Abst.-
Erg.: einstimmig, Enth. SPD, FDP

B.-Nr.
209/06 **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachstehenden Beschluss zu fassen:**

Um gleichzeitig die Information des Kreistages und seiner Mitglieder in der Eigenschaft als Gesellschafter sicherzustellen, soll ebenfalls dargestellt werden, wie dies trotz der Verpflichtungen von insbesondere Aufsichtsratsmitgliedern gegenüber dem jeweiligen Unternehmen gestaltet werden kann.

Abst.-
Erg.: einstimmig, Enth. SPD, FDP

B.-Nr.
210/06 **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachstehenden Beschluss zu fassen:**

Der Kreistag stimmt den Handlungsleitlinien für Aufsichtsratsmitglieder in Beteiligungsgesellschaften des Rhein-Sieg-Kreises entsprechend Anlage 2 zur Niederschrift zu, sofern diese entsprechend den unter 207 – 209/06 gefassten Beschlüssen ergänzt und vervollständigt werden.

Abst.-
Erg.: einstimmig

Der Landrat dankte der Delegation für die Teilnahme an der Sitzung des Kreisausschusses. Das Thema „Abfallwirtschaft“ sei auch in Kambodscha von großer Bedeutung. Abg. Neuber werde heute in seiner Funktion als Neubürgerbeauftragter die Mitglieder des Kreisausschusses über seine bisherige Arbeit informieren. Er unterstütze ferner mit großem Einsatz ein Projekt in Laos und habe dort bereits den Bau eines Krankenhauses und einer Schule organisiert.